

Datum

26. November 2015

Erwartungen des ZdK an die Weltklimakonferenz in Paris

Von der bevorstehenden Weltklimakonferenz in Paris erwartet das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den Abschluss eines ambitionierten und rechtsverbindlichen internationalen Klimaschutzabkommens für die Zeit ab 2020.

"Wir erwarten, dass sich alle Staaten an diesem Abkommen beteiligen", so Peter Weiß, Sprecher für nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung des ZdK. "Alle Länder sind für die Bekämpfung des Klimawandels und den Schutz der Atmosphäre gemeinsam verantwortlich. Insbesondere die Industrieländer, aber auch Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien stehen hier in einer besonderen Verantwortung."

Wichtigstes Ziel des Abkommens müsse es sein, verbindliche Maßnahmen zu vereinbaren, wie die Einhaltung des 2-Grad-Limits von allen Staaten gemeinsam erreicht werden kann. "Die im Vorfeld der Pariser Konferenz eingereichten Minderungsziele reichen dafür nicht aus", kritisiert Weiß. Deshalb müsse es auch darum gehen, einen möglichst zügigen Übergang vom fossilen Zeitalter hin zu einer globalen Energieversorgung auf Basis von erneuerbaren Energien auf den Weg zu bringen.

"Dies wird sich nur realisieren lassen, wenn auch Wege für eine ausreichende finanzielle Unterstützung vor allem der ärmsten Länder gefunden werden, die sie in die Lage versetzen, die Anpassung an den Klimawandel zu bewältigen und eine klimaschonende Entwicklung im eigenen Land voranzubringen. Dazu muss ein zuverlässiger Fahrplan zur Mobilisierung von internationalen Finanzmitteln in Höhe von mindestens 100 Mrd. Dollar ab 2020 vorgelegt werden", fordert Peter Weiß, der im ZdK auch für die entwicklungspolitischen Fragen spricht. "Dieser Betrag muss den Entwicklungsländern, insbesondere den schutzbedürftigsten und den am wenigsten entwickelten Staaten jährlich zur Verfügung gestellt werden." Unerlässlich sei darüber hinaus auch ein erhöhter Technologietransfer von den reichen in die ärmeren Länder, um die bereits jetzt unvermeidbaren Folgen des Klimawandels bewältigen zu können.

Nicht zuletzt brauche es die verbindliche Verpflichtung aller Staaten, ihre national beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen ständig weiterzuentwickeln. "Ein Abkommen muss feste und verlässliche Regeln zur Transparenz, Berichterstattung und Überprüfung der staatlichen Zusagen enthalten und die Verpflichtung, dass mindestens alle fünf Jahre eine strenge Überprüfung der vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen stattfindet", fordert Weiß.

"Wenn wir diese Chance in Paris verpassen, sind die Folgen unabsehbar. Wenn es nicht gelingt, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur zu bremsen, dann sprechen wir demnächst über bis zu 400 Millionen Klimaflüchtlinge, von denen sich auch viele auf den Weg nach Europa machen werden."